

## Gewerkschaft und soziale Lage in Tunesien

Die Gewerkschaft der jungen Republik Tunesien kann im November 1958 auf eine 34jährige Geschichte zurückblicken. Ihr Gründer *M'hamed-Ali* hat, wie viele nordafrikanische Gewerkschafter und Politiker, in einem unruhigen Leben das Fundament für die heutige tunesische Arbeiterbewegung gelegt. Als Laufjunge in einer Tankstelle der Hauptstadt Tunis lernte er die Notlage der einheimischen Arbeiterschaft kennen. Ihr Lebensstandard war unvergleichlich niedriger als der der europäischen Arbeiter, die vorwiegend als Kolonnenführer und Vorarbeiter in Tunesien beschäftigt waren. Kurz vor dem ersten Weltkrieg ging M'hamed-Ali ins Ausland — zuerst nach Ägypten, später in die Türkei —, um die soziale Lage der Arbeiter anderer arabischer Länder kennenzulernen. Nach dem ersten Weltkrieg lebte er einige Jahre in Berlin und studierte dort Wirtschafts- und Sozialpolitik. 1924 gründete er die tunesische Gewerkschaft, wurde aber bald nach der Gründung von den Franzosen ausgewiesen. Zunächst kehrte er für zwei Jahre nach Deutschland zurück. 1928 starb er durch einen Unfall in Saudi-Arabien.

Mit seinem Tod brach die nationale Organisation der tunesischen Arbeiterbewegung zusammen. Gewerkschaftliche Bestrebungen der Dock- und Postarbeiter blieben ohne Erfolg. Erst als *der große französische Generalstreik des Jahres 1936* seinen Widerhall in den Protektoraten und überseeischen Besitzungen Frankreichs fand, konnten sich auch die tunesischen Arbeiter wieder aufraffen. Im Februar/März 1937 gründete *Belgacem Guenaoui* die „Confédération Générale des Travailleurs Tunisiens“ (C.G.T.T.). Jedoch schon im folgenden Jahr, anlässlich einer Kundgebung der Gewerkschaft am 9. April 1938, beschloß die französische Regierung die Auflösung der C.G.T.T.

Den dritten Versuch einer Neugründung unternahm nach dem zweiten Weltkrieg *Ferhat Hached*. Er war Mitglied der tunesischen Sektion der französischen C.G.T. Dabei hatte er aber die Erfahrung gemacht, daß sich weder die C.G.T. noch die kommunistische Partei Frankreichs ernsthaft für die Belange der tunesischen Arbeiter interessierten. 1944 gründete er die „Union der freien Gewerkschaften Südtunesiens“, 1945 die „Union der freien Gewerkschaften Nordtunesiens“. Damit war die Grundlage geschaffen, um am 20. Januar 1946 die heutige „*Union Generale des Travailleurs Tunisiens*“ (U.G.T.T.) ins Leben zu rufen. 1949 schloß sich die U.G.T.T. zunächst dem kommunistischen „Weltgewerkschaftsbund“ an, trat aber bald wieder wegen des ideologischen Drucks aus diesem internationalen Verband aus. Im Juli 1951 schloß sich die U.G.T.T. dem „Internationalen Bund Freier Gewerkschaften“ (I.B.F.G.) in Brüssel an.

In den ersten Jahren stand die U.G.T.T. vor einer zweiseitigen Aufgabe: die Herstellung der gewerkschaftlichen Freiheiten und die nationale Befreiung Tunesiens. 1947 wurden im ganzen Land Generalstreiks durchgeführt, um Lohnerhöhungen durchzusetzen. In verschiedenen Orten griffen französische Truppen ein. So wurden in Sfax bei einem Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Armee 30 Gewerkschafter getötet, 102 verwundet und 150 verhaftet. Trotzdem konnten die geforderten Lohnerhöhungen vom 1. September 1947 ab durchgesetzt werden. Im Mai 1948 und im September 1950 erzwang die Gewerkschaft auf dem gleichen Wege Lohnerhöhungen. Zugleich gelang es seit 1950, auch die Landarbeiter, die bislang in mittelalterlichen Verhältnissen lebten, zu organisieren. Allein im November 1950 konnten während der Erntezeit 23 Landarbeiterstreiks mit Erfolg durchgeführt werden. Die Tageslöhne verbesserten sich für Männer auf mindestens 110 Francs (= 1,10 DM). Frauen erhielten in der Landwirtschaft 77 Francs, Kinder unter 16 Jahren 59 Francs täglich.

Auf der politischen Ebene kämpfte die U.G.T.T. neben der Neo-Destour-Partei von 1946 bis 1952 in der Widerstandsbewegung gegen Frankreich. In dieser Zeit unternahm *Ferhat Hached* zahlreiche Reisen nach Europa und den USA, um die Weltöffentlichkeit auf den Freiheitskampf der Tunesier aufmerksam zu machen. Am 5. Dezember 1952

wurde Ferhat Hached auf einer Autofahrt durch Tunesien von Europäern überfallen und ermordet.

Das Erbe Ferhat Hacheds traten *Nouri Boudali* und *Mohammed Kraien* an. 1954 wurde die Gewerkschaft neu organisiert. *Ahmed ben Salah*, der frühere Vertreter der tunesischen Gewerkschaft beim I.B.F.G. in Brüssel, übernahm die Leitung des Generalsekretariats. Am 11. April 1956 schloß für die U.G.T.T. die Epoche des Widerstandskampfes mit der Gründung der ersten unabhängigen tunesischen Regierung unter *Habib Bourgiba*. Ahmed ben Salah trat in die neue Regierung ein.

Aber noch im gleichen Jahr, auf dem Gewerkschaftskongreß vom 20. September 1956, mußte die U.G.T.T. eine ernste innere Krise durchmachen. Die Gewerkschaft spaltete sich. Ahmed ben Salah mußte zurücktreten. Erst durch bedächtige Verhandlungen seines Nachfolgers *Ahmed Tlili* konnte die Einheit wiederhergestellt werden. Obwohl die Krise inzwischen äußerlich überwunden ist, verhinderte sie doch bis in die Gegenwart hinein die Schaffung einer eigenen Gewerkschaftspresse.

Die *Landarbeiter* stellen mit rund 20 000 Mitgliedern den größten Anteil innerhalb der tunesischen Gewerkschaft. Das wichtigste soziale Problem der tunesischen Landwirtschaft ist der enorme Bevölkerungsüberschuß. Die städtische Industrie ist nicht in der Lage, diesen Überschuß zu absorbieren. Aus diesem Grund spielt die Agrarreform und die Modernisierung der Landwirtschaft eine besondere Rolle.

Im vergangenen Jahrhundert war die *tunesische Landwirtschaft* von einem traditionellen Feudalsystem bestimmt. Das Land gehörte entweder großen Familien, der islamischen Religionsgemeinschaft (sogenannte Habus-Ländereien) oder ethnischen Gruppen (sogenannte Tribus-Ländereien). Die Kleinbesitzungen waren verhältnismäßig selten. Bedingt durch das Klima überwog die Nomaden-Wirtschaft.

Unter der französischen Protektoratsverfassung erfuhr diese landwirtschaftliche Struktur einschneidende Veränderungen. Einführung des Grundbuches und Aufhebung der starren Rechtsverhältnisse für Habus-Ländereien. Von der Kolonisation wurden 750 000 Hektar der acht Millionen Hektar landwirtschaftlich nutzbarer Fläche Tunesiens erfaßt.

Die indirekten Auswirkungen auf die Verbesserung der einheimischen Landwirtschaft sind jedoch wesentlich größer. Allerdings nahm in der Ära des französischen Protektorats die Gefahr der Konzentration in den landwirtschaftlichen Besitzverhältnissen solche Formen an, daß seit 1925 der Kleinbesitz einen eignen juristischen Schutz erfahren mußte. Diese Maßnahmen kamen aber zu spät, um die soziale Lage der Landarbeiter und Kleinbauern zu sichern. Zudem wurde der Kontrast zwischen der zum Teil ultramodernen Landwirtschaft Nordtunesiens und der Landnot im Süden immer größer. Der klimatische Unterschied kann dafür allein nicht verantwortlich gemacht werden. Fast alle Investitionen wurden im Norden durchgeführt. Der Süden blieb auf sich selbst angewiesen.

Die landwirtschaftlichen Pläne der Republik Tunesien sehen vor allem eine *Unterstützung des Kleinbesitzes* vor. Der Kleinbesitz entspricht am besten der tunesischen Situation und kommt außerdem den ursprünglichen Prinzipien des Islam näher. Ein großer Teil der Habus-Ländereien wurde bereits in kleinere private Eigentumsverhältnisse aufgeteilt. Der Kleinbauer soll jedoch nicht wie früher isoliert bleiben. Die kleinen Landwirte werden in Genossenschaften zusammengefaßt. Dort, wo die Bevölkerung noch in halbnomadischen Verhältnissen lebt, werden die Genossenschaften vom Staat verwaltet. Wo ein seßhaftes und in sich stabiles Bauerntum zu finden ist, wird versucht, in der Genossenschaft die Initiative des einzelnen anzuspornen und ihr einen möglichst großen Spielraum zu geben.

Da die tunesische Regierung die Agrarreform nicht in allen Teilen des Landes gleichzeitig durchführen kann, hat ihre Arbeit sich vorerst auf den Süden und auf Zentral-Tunesien konzentriert. Dort wird Zone nach Zone in einem sogenannten „Zoning-Programm“ modernisiert. Diese Pläne unterscheiden sich damit im Prinzip von den früheren französischen Absichten, im ganzen Territorium verstreut und ohne gegenseitige Abstimmung vereinzelte Experimente der Modernisierung durchzuführen. In den ersten zehn Jahren will die Republik Tunesien 200 Milliarden Francs (= 2 Milliarden D-Mark) in die Modernisierung der Landwirtschaft investieren. 150 000 arbeitslose Landarbeiter (von 200 000) sollen in anderen Wirtschaftszweigen Arbeit finden. Das wird allerdings auf große Schwierigkeiten stoßen.

Gegenwärtig stellt die Landwirtschaft 40 vH der tunesischen Nationalproduktion, aber 85 vH der Gesamtbevölkerung lebt von der Landwirtschaft. Das unterstreicht die Armut der Landarbeiter und der Kleinbauern.

Nach den Landarbeitern bilden die *Bergleute* mit 14 000 bis 15 000 Mitgliedern die zweitgrößte Gewerkschaft innerhalb der U.G.T.T. Mit einem Mindeststundenlohn von 68 Francs für Arbeiten über Tage, beziehungsweise 75 Francs für Untertagearbeiten und bei einer sechsstündigen Arbeitszeit je Tag haben sie ein bescheidenes, doch gesichertes Einkommen. Die Bergwerke befinden sich weit außerhalb der Städte. Die meisten Bergleute haben sich darum mit ihren Familien in Dörfern bis zu 2000 Einwohnern unweit der Arbeitsstelle angesiedelt.

Obwohl *der tunesische Bergbau* eine alte Tradition hat, wurde er in seiner modernen Form erst seit der Jahrhundertwende wieder aufgegriffen. Tunesien besitzt ein Eisenerzvorkommen von mindestens 35 bis 40 Millionen Tonnen, davon werden jährlich etwa 1 Million Tonnen abgebaut. Daneben gibt es eine begrenzte Förderung von Zinkerz, Blei-Eisenerz, Quecksilber, Fluor, Strontianit und Phosphaten. Spärlich sind auch die Kohlevorkommen (bei Cap Bone). Im Außenhandel nehmen diese Bodenschätze den ersten Platz innerhalb des Warenverkehrs ein. Trotzdem darf die Bedeutung der tunesischen Bodenschätze nicht zu hoch veranschlagt werden. Die Nachbarländer Algerien und Marokko befinden sich in einer sehr viel besseren Lage.

Vor allem fehlt es in Tunesien noch an einer weiterverarbeitenden Industrie. Vorerst muß noch immer wie in der alten Kolonialverfassung der größte Teil der Erze im Rohzustand ausgeführt werden. Pläne der Industrialisierung sind abhängig von der Gewinnung ausländischen Kapitals. Damit ist die größte soziale Aufgabe, die Beschäftigung eines Heeres von Arbeitslosen, in absehbarer Zeit von der tunesischen Regierung nicht zu lösen.

Wo sich Ansatzpunkte finden, greift Habib Bourgiba zu, selbst dann, wenn die Erschließung von Arbeitsmärkten im Widerspruch zur tunesischen Außenpolitik stehen kann. Erst nach längerem Zögern entschloß sich der tunesische Staatspräsident, die 3000 tunesischen Arbeiter aus den damaligen französischen Militärstützpunkten herauszuziehen. Einen Teil dieser Arbeiter konnte er seit dem Sommer 1958 beim Bau einer *Ölleitung* einsetzen. Das brachte ihn aber in Gegensatz zur „Nationalen Befreiungsfront“ Algeriens (F.L.N.). Der Bau dieser Ölleitung geht auf ein französisches Angebot zurück. Algerisches Öl soll über tunesisches Gebiet ans Mittelmeer geführt werden, um auf diese Weise nicht den Sabotageakten der algerischen Partisanen zum Opfer zu fallen. Nach einigen Verhandlungen konnte Bourgiba die Algerier davon überzeugen, daß der Bau dieser Ölleitung mindestens drei Jahre in Anspruch nehmen werde, daß mehrere tausend Tunesier dabei Arbeit und Brot finden könnten, und daß schließlich über das Durchlaufen des Öls nicht die Franzosen, sondern die Tunesier zu entscheiden haben.

Überhaupt spielt die *Transportwirtschaft* in der tunesischen Sozialpolitik eine besondere Rolle. 10 600 Transportarbeiter haben einen Mindestmonatslohn von 30 000 Francs; am besten unter allen tunesischen Arbeitern stehen sich die Dockarbeiter.

Zwischen dem 19. und 20. Jahrhundert war die tunesische Wirtschaft aus dem Gleichgewicht geraten. Bis zum vergangenen Jahrhundert galt die alte, archaische Ordnung: Patriachalismus, Tribus-Verfassung, Handwerkerkorporationen, Kastentrennung. Dann gewann das Land mit dem Kapitalismus und Kolonialismus die ersten Eindrücke von der modernen europäischen Wirtschaft. In der alten, traditionellen Lebensordnung konnten die Tunesier glücklich sein, so wie andererseits sich die Europäer in ihrem modernen way of life zu Hause fühlten. Aber in dem Zwisdienstadium, in dem Übergang von der antiken zur modernen Zeit, im Sprung vom 12. ins 20. Jahrhundert mußten die Tunesier eine gefährliche psychologische Krise durchstehen. Die tunesische Wirtschaft hat bis heute noch nicht ihr Gleichgewicht wiedergefunden.

An die *Sozialpolitik* der tunesischen Regierung (wie an die Regierungen der meisten jungen Länder Afrikas und Asiens) werden Anforderungen gestellt, vor die niemals irgendeine europäische Regierung gestanden hat. Binnen weniger Jahrzehnte entstand ein neues Industrie-Proletariat, wurden neue juristische Formen des Grundbesitzes geschaffen, entwickelte sich die alte Hauswirtschaft zur modernen Marktwirtschaft. Der Außenhandel mit Europa stellte ungewohnte Anforderungen an die tunesische Wirtschaftspolitik.

Zunächst wurden diese Veränderungen fast ausschließlich der französischen Kolonisation nutzbar gemacht. Jetzt muß Tunesien diese Modernisation reformieren, um sie dem eignen Volke zugute kommen zu lassen. Im Gegensatz zu manchen anderen Völkern Nordafrikas haben die Tunesier glücklicherweise die europäische Modernisierung von der europäischen Kolonisation zu unterscheiden verstanden. Man kann darum die erfreuliche Feststellung machen, daß der Einfluß der modernen europäischen Technik nicht auf konservativen Widerstand stößt.

Trotzdem steht die Modernisierung vor zahlreichen Schwierigkeiten der praktischen Durchführung. Der Import billiger Industrieprodukte ruiniert das einheimische Handwerk. Die in Tunesien ansässige europäische Bevölkerung kann sich auf Grund eines gehobenen Lebensstandards industrielle Konsumgüter leisten. Die einheimische Bevölkerung bedurfte dieser Güter zwar bisher nicht, aber sie verlangt danach, seitdem sie in den europäischen Haushalten davon Kenntnis genommen hat.

Hinzu kommt der Druck der *rapide zunehmenden Bevölkerungszahl*. Gegenwärtig sind zwei Drittel aller arbeitsfähigen Tunesier arbeitslos. Von Jahr zu Jahr wird die Zahl der Arbeitslosen wachsen. Die Arbeitslosen können nur durch die gegenseitige Hilfe innerhalb der Familie unterstützt werden. Die Sozialphilosophie des Islam, die muslimanische Brüderlichkeit, ist auch ein Grund, weshalb sich unter den tunesischen Arbeitslosen bis heute nicht der Gedanke des Klassenkampfes im marxistischen Sinne durchsetzen konnte.

Die *Sozialgesetzgebung* hat unter diesen für Tunesien und Nordafrika charakteristischen Situationen eine besondere Eigenart. Zunächst gab es unter dem französischen Protektorat so gut wie gar keine Sozialgesetzgebung. Erst der Einfluß der Pariser Volksfront-Regierung von 1936 schuf auf diesem Gebiet einige Veränderungen. Aber nur die Arbeiter, nicht die Arbeitslosen konnten davon profitieren. Es ist darum für Tunesien nicht nur eine Frage der Intensivierung der Sozialgesetzgebung, sondern auch der Extensivierung.

Um eine möglichst extensive Sozialpolitik betreiben zu können, unterstehen drei Dienststellen der Kontrolle des Sozialministeriums. Die erste untersucht die allgemeinen Bedingungen der Arbeitsplatzbeschaffung. Sie unterstützt die gewerkschaftliche Aktivität, die Arbeitsgerichtsbarkeit und die internationalen Beziehungen. Die zweite kontrolliert den Arbeitsmarkt, die psychotechnische Auswahl der Arbeiter, die Berufsausbildung und die Zuwanderung fremder Arbeiter. Die dritte Dienststelle betreut die Familienzulagen, Arbeitsschutzmaßnahmen und überprüft die Arbeitsunfälle.

Außerhalb der Kontrolle des Sozialministeriums stehen vier weitere Dienststellen, die Arbeitsinspektionen 1. für Handel, Industrie und freie Berufe, 2. für die Landwirtschaft, 3. für die Arbeitsmedizin und 4. für Arbeitsschutz und Versicherung.

Die *Arbeitszeit* in Industrie, Handel und freien Berufen ist auf 40 Wochenstunden beschränkt (Ausnahmen bis zu 48 Stunden). Überstunden müssen vom Arbeitsinspektor genehmigt werden. In der Landwirtschaft ist die Arbeitszeit gesetzlich auf neun Stunden je Tag begrenzt. Zahlreiche Ausnahmebestimmungen und Unvermögen der Kontrolle durchlöchern aber dieses Prinzip.

Die Urlaubszeit ist auf 15 Tage je Jahr festgelegt. Jugendliche können (außer in der Landwirtschaft) einen längeren Urlaub erhalten. Die Mindestlöhne für Hilfsarbeiter betragen gegenwärtig

in der Stadt Tunis	80 Francs 50
in den Städten Bizerta, Sousse, Sfax	72 Francs
in Bergwerken	68 Francs 10
in den übrigen Bezirken	56 Francs 40

Die Mindestlöhne für Landarbeiter bewegen sich zwischen 300 und 350 Francs je Tag.

Für Frauen und Jugendliche ist die Nachtarbeit verboten. Stillende Mütter erhalten in den ersten vier Wochen nach der Geburt einen Sonderurlaub. Die Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren ist unzulässig. Familienzulagen wurden erst seit 1944 in Tunesien eingeführt. Alters- und Invalidenversicherung sind seit 1958 gesetzlich festgelegt.

Vor einer besonderen Aufgabe steht die tunesische Sozialpolitik bei der *Emanzipation der Frau*. In der konservativen Lebensordnung der Muselmanen war die Frau ein „Möbelstück“ des Mannes, vollständig seiner Autorität unterworfen und dem öffentlichen Leben entzogen. Heiratsfähige Mädchen wurden geradezu von Familie zu Familie verkauft. Seit Anfang dieses Jahrhunderts verbesserte sich die Stellung der Frau langsam aber beständig. Das geschah unter dem Eindruck der westeuropäischen Lebensgewohnheiten und der Modernisierung in der Türkei und in Ägypten. Vereinzelt besuchten Mädchen die Volksschulen. 1940 waren es 4000. 1956 besuchten 85 000 Mädchen öffentliche Schulen. Diese Zahl ist immer noch sehr gering, verglichen mit dem Besuch öffentlicher Schulen der Jungen (1956 200 000).

In der Epoche des französischen Protektorats schritt die Emanzipation der Frau nur im bürgerlichen Milieu und nur in den mittleren und Großstädten voran. Erst als Tunesien selbständig wurde, verwandelte sich diese Evolution in eine regelrechte Revolution. Die Polygamie wurde abgeschafft, die Ehescheidung erschwert, Frauen erhielten gleiches Zivilrecht wie Männer.

Einige Frauen waren schon zuvor ins öffentliche Leben getreten. 1938 wurde anlässlich eines Besuches von Madame Daladier die erste Frauenkundgebung Tunesiens veranstaltet. Inzwischen gibt es zahlreiche politische und soziale Frauenverbände. Die Zahl der berufstätigen Frauen bleibt allerdings immer noch niedrig (1957): 2 Ärztinnen, 50 Krankenschwestern und Hebammen, 250 Hilfskrankenschwestern, 250 Lehrerinnen, 2000 Verkäuferinnen, 2000 Hausgehilfinnen, 5500 Fabrikarbeiterinnen.

## Die Übervölkerung marokkanischer Städte

### *Das Heimstättenproblem in Casablanca*

#### I.

Eines der bedeutendsten Probleme der Gegenwart ist sicherlich das Bevölkerungswachstum, das in allen Ländern der Erde festzustellen ist. Es stellt den Politiker vor eine Fülle neuer Aufgaben, von denen *Wohnungsbau* und *Städteplanung* wahrscheinlich die interessantesten, wenn auch nicht die einfachsten sind. Das Problem zeigt sich noch ausgeprägter in den jungen Entwicklungsländern, wie z. B. in Nordafrika, wo der jährliche Bevölkerungszuwachs mit 2 vH angegeben wird<sup>1)</sup> und wo man schon vor Jahren zu einer radikalen Revision der Methoden des Städtebaus schreiten mußte.

Die Frage der Unterbringung der sich im Zuge der Industrialisierung bisher agrarischer Länder an wenigen Brennpunkten zusammenziehenden Bevölkerungsmassen stellt sich in vielen Ländern des afrikanischen Kontinents — und nicht nur dort. Zur Beurteilung der sich im Einzelfall hieraus ergebenden Aufgaben für den Städteplaner empfiehlt es sich, sie an einem besonders eklatanten Beispiel zu demonstrieren. Sicherlich geht man nicht fehl, wenn man *Casablanca*, die wichtigste Hafen- und Wirtschaftsstadt Marokkos, als Beispiel heranzieht. Marokko als Land und Casablanca als Stadt sind typische Modelle, an denen man die Probleme der Bevölkerungsunterbringung zeigen kann, die als Folge der Industrialisierung unausweichlich auftreten. Marokko hat zu einer Zeit sein politisches Schicksal in die eigene Hand genommen, als die Industrialisierung im Begriff war, das Wirtschaftsgefüge endgültig zu zerschlagen, ohne daß es bereits in ausreichendem Maße gelungen war, etwas Neues an seine Stelle zu setzen. Die soziologisch-städtebaukundlichen Untersuchungen, die in der Zeit des Protektorats gemacht worden waren, wurden bereits damals vom Sultan als zukunftsweisend anerkannt und sind auch heute noch — wenn auch mit gewissen Schwerpunktverlagerungen zuungunsten des europäischen Elements — die theoretischen Grundlagen zur Lösung des Wohnraumproblems. .

Eine sinnvolle städtebauliche Gliederung als Fundament des Zusammenlebens von Marokkanern und Europäern war schon vom ersten französischen Generalresidenten, Marschall *Hubert Louis Lyautey*, anerkannt worden. Allerdings liefen Lyauteys Pläne auf eine Trennung der Wohnbezirke hinaus, nicht aus rassischen Gründen, wohl aber aus solchen der Stilerhaltung. Marokko hat es in erster Linie dem Wirken dieses Mannes zu verdanken, daß es trotz mehr als 40jähriger Bevormundung seine Eigenart, sein eigenes Gesicht als Land und Volk bewahren konnte. Zu jener Zeit des Beginns des Protektorats (1912) waren zudem die *Medinas* weitläufig gebaut und mit zahlreichen Gärten aufgelockert, so daß ihrer Erhaltung auch aus gesundheitspolitischer Sicht nichts entgegenstand<sup>2)</sup>.

Der Denkfehler, der Lyauteys guten Absichten zugrunde lag, sollte sich erst später zeigen und zur langsamen Auflösung seiner Grundsätze führen. Die Entwicklung der marokkanischen Wirtschaft brachte eine soziale Entfremdung des afrikanischen vom europäischen Element mit sich, die *Medinas* überfüllten sich, und es galt für den wohlhabenden Marokkaner als erstrebenswert, sich ein Haus im Europäerviertel zu bauen — ein Weg, den der gutsituierte Israelit längst eingeschlagen hatte<sup>3)</sup>.

Die eigentliche Problematik des Wohnungs- und Städtebaus kam erst zutage, als die Industrialisierung begann, ein *städtisches Proletariat* zu erzeugen, das man bis dahin noch nicht oder zumindest nicht in diesem Ausmaße gekannt hatte. War der Bewohner des Landes und der Berge bisher nur in die Stadt gekommen, um seine Erzeugnisse gegen

1) „Un souci majeur: L'habitat et l'urbanisme“ in „Le monde économique“, Sondernummer „L'Afrique du Nord“ (1952), S. 248.

2) „L'urbanisme au Maroc“ in „Maroc — Bulletin d'information“ Rabat, Nr. 40 (März 1954), S. 61.

3) Robert Montagne „Revolution au Maroc“, Paris 1953, S. 81 ff.

## ÜBERVÖLKERUNG MAROKKANISCHER STÄDTE

andere zu tauschen, so kam er jetzt, um dort zu bleiben. Dies war ein Phänomen, mit dem die Stadt natürlich nicht ohne weiteres fertig werden konnte.

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts oder auch schon früher hatten sich in Europa und in Amerika ähnliche Tendenzen durchgesetzt. Was aber in Marokko und speziell in Casablanca vor sich ging, stellte alles bisher Geschehene weit in den Schatten. In Marokko verdoppelte sich der Anteil der Stadt- an der Gesamtbevölkerung innerhalb von 20 Jahren und stieg von 10 auf 22 vH (in Frankreich hat es dagegen fast ein Jahrhundert — von 1846 bis 1936 — gedauert, bis die Stadtbevölkerung von 25 auf 52 vH der Gesamtbevölkerung angestiegen war). Das Wachstum einiger Städte in Marokko zeigt diese Entwicklung sicherlich noch eindrucksvoller. Es betragen die Einwohnerzahlen von:

	1917	1947
Fès . . . . .	105 855	200 946
Marrakesch . . . . .	99 415	238 237
Casablanca . . . . .	82 500	551 322
Rabat-Salé . . . . .	58 000	218 604
Meknès . . . . .	36 765	159 801
Oujda . . . . .	18 150	88 658
Agadir . . . . .	2 000	12 438

Nicht nur die Einwohnerzahl der Städte wuchs jedoch, sondern vor allem ihre Besiedelungschichte. Für die Stadt Meknès z.B. wird für 1931 eine Fläche von 154 ha bei 36 466 Einwohnern angegeben. Bis 1946 wuchs die Fläche nur um 5 vH, die Einwohnerzahl hingegen um 232 vH<sup>4)</sup>!

### II.

Casablanca, das uns als Beispiel dienen soll, gehört zu den Städten, die in den vergangenen Jahrzehnten einen ans Unwahrscheinliche grenzenden Aufstieg erlebten. Noch im vorigen Jahrhundert wurde von ihm seitens eines Reisenden als einem „von Gärten und einer verfallenen Mauer umgebenen Ort, der sich aus hundert muselmanischen oder jüdischen Familien zusammensetzt“ berichtet, noch 1903 wird es als „ohne Charakter und ohne Bauwerke, mit Nouallas (Schilfhütten) durchsetzt“ bezeichnet<sup>5)</sup>. Und dann folgt eine Einwohnerbewegung, die ihresgleichen sucht: 1917: 82 000; 1936: 157 000; 1947: 551 000 und heute fast 700 000 Einwohner. Es bedarf keiner näheren Begründung, daß mit einem solchen Wachstum auch die geschickteste Wohnungsbaupolitik nicht Schritt halten kann.

Auf die Tatsache, daß die Trennung des europäischen vom marokkanischen Element zu einer sozialen Entfremdung geführt hatte, war schon hingewiesen worden. In Fes beispielsweise lebten im Jahre 1936 bereits keine Beamten von Rang mehr in der Medina, in der fast 100 000 Einheimische halbvergessen ihr Dasein fristeten. Erst als das Aufkommen der berüchtigten *Bidonvilles* allgemeine Beunruhigung auslöste, wurde die Rückverlegung verschiedener Dienststellen in die Medina und die Bildung einer „*Contrôle urbain*“ angeordnet. Da war es aber bereits zu spät<sup>6)</sup>.

Alle diese Maßnahmen konnten im Grunde nichts Entscheidendes ändern. Innerhalb von 30 Jahren (1920 bis 1950) wuchsen die marokkanischen Städte ungefähr im gleichen Verhältnis wie die französischen innerhalb 150 Jahren (1700 bis 1850). Gab es 1917 in Marokko nur eine Stadt mit mehr als 100 000 Einwohnern (Fès), so fand man 1953 deren fünf, davon eine, deren Einwohnerzahl sich der 700 000-Grenze näherte, nämlich Casablanca.

4) „Des Logements pour les Marocains“, Rabat, o. J.

5) J.-L. Miège „Le Maroc“, Paris und Grenoble 1952, S. 39 ff.

6) Montagne, a.a.O., S. 86.

Bereits im Jahre 1907 war in Casablanca ein unorganisches Wachstum festzustellen, und die Protektoratsverwaltung stand gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit in dieser Stadt vor unlösbaren Aufgaben: Willkürlich oder aus spekulativen Erwägungen waren in allen Teilen der Stadt Häuser emporgewachsen, die eine organische Stadtplanung erheblich erschwerten. Dennoch unternahm es der französische Stadtplaner *Prost*, ein enger Mitarbeiter *Lyauteys*, der bis 1923 in Marokko wirkte, die städtebauliche Zukunft Casablancas großräumig festzulegen. Aber seine Bemühungen hatten nur sehr begrenzten Erfolg. Die Neue Medina, die planmäßig aufgebaut wurde, wirkte auf die Zuwanderer nur um so anziehender und war bald ein fast ohne Zwischenräume zusammengeschmolzener einziger Block mit 200 000 Einwohnern, d. h. 900/ha<sup>7)</sup>.

### III.

Zum Verständnis der ökonomischen Hintergründe dieser Bewegung sei folgendes gesagt. Das alte Marokko war ein vorwiegend agrarisches Land, dessen Bevölkerung größtenteils als Bauern oder Hirten in den weiten Ebenen oder Bergen ein bescheidenes, aber in ihrer Stammesverfassung sicheres Leben führten. Die wirtschaftliche Erschließung Marokkos durch die Franzosen brachte diese Menschen mit der weiten Welt in Verbindung. War die Stadt bisher der Ort eines in großen Zeitabständen durchgeführten Tauschgeschäfts gewesen, so wurde sie nun zu einem Platz, wo man durch seiner Hände Arbeit Geld verdienen konnte. Überschüssige Kräfte wurden daher in die Stadt geschickt, um den kargen Nahrungsmittelvorrat des Stammes nicht zu belasten und um zusätzlich Geld für die Familiengemeinschaft zu erwerben.

Zwei Umstände begünstigten diese Bewegung: der beständig steigende Bedarf an Industriearbeitern in den Städten und Häfen (vornehmlich Casablanca), der mit einem über den Einkünften des Landbewohners liegenden Lohnniveau einherging, und die periodisch wiederkehrenden Mißernten in den agrarischen Gebieten, die viele junge Männer zur Abwanderung veranlaßten. Bemerkenswert ist, daß auch die Weltwirtschaftskrise 1930 und der Krieg diese Bewegung nicht zum Stillstand brachten. Letzteres ist vor allem dadurch zu verstehen, daß ja Marokko die Aufmarschbasis der Alliierten des zweiten Weltkrieges im Mittelmeerraum war. Hinzu kam, daß die Dürre der Jahre 1944/45, die vier Fünftel der Ernte vernichtete, viele Landbewohner in die Städte trieb, wo sie eine provisorische Beschäftigung suchten.

Obwohl ein großer Teil der Zuwanderer nicht die Absicht hatte, sich für dauernd in den Städten niederzulassen, hielt sie der wirtschaftliche Aufschwung, der 1946 in einem bisher nicht gekannten Maße einsetzte, dort fest. Mit dieser Verschiebung der Bevölkerungsstruktur änderte sich aber auch zusehends das Aussehen der alten, gepflegten Städte.

Die ersten Zuwanderer suchten noch in der Medina ein Unterkommen, und obwohl die Stadtbewohner es nicht lieben, dicht aufeinander zu leben, sorgten steigende Mieten bald für eine Änderung dieser Gewohnheit. In wenigen Jahren waren die luftigen Gärten und Innenhöfe unter den Behelfsbauten verschwunden, und die Bevölkerungsdichte stieg auf diese Weise schnell auf 800, ja 1200 Menschen/ha. Kleinste Zimmer, in denen ganze Familien hausten, wurden zu unbeschreiblichen Preisen untervermietet. Die Zeit war abzusehen, wo die Mauern der Medina die neuen Bürger nicht mehr fassen konnten.

Aus diesem Grund war es unvermeidlich, daß vor den Toren der großen Städte bald etwas entstand, das unter der Bezeichnung *Bidonvilles* Symbol der Industrialisierung auch in Marokko wurde. Bidonville bedeutet Kanisterstadt und ist die Bezeichnung für eine Ansammlung von Behelfsbauten geworden, die sich die Zuwanderer auf freien Landstücken vor den Städten aus Brettern, Wellblech, Säcken und Palmblättern in einer

7) Montagne, a.a.O., S. 87 (Anm.).



den Europäer unbeschreiblich primitiv anmutenden Weise errichten. Der Anblick dieser Bidonvilles ist erschütternd, und es überrascht deshalb nicht wenig, in der französischen Fachliteratur zu lesen, daß die Bidonvilles zwar den Aussatz der marokkanischen Städte darstellen, daß sie vielen ihrer Bewohner aber doch als Verbesserung gegenüber ihren Behausungen auf dem Lande erschienen seien<sup>8)</sup>.

Mit der Übersiedlung in die Stadt kam es aber auch zu einer beachtlichen soziologischen Veränderung. Bestand anfangs die Absicht, zum Stamm zurückzukehren, so änderte sich dies bald. Wen die Stadt eingefangen hatte, den gab sie nicht mehr frei. Man ließ die Familien nachkommen, und die letzten Bande zur alten Sippe lockerten sich mehr und mehr.

In der Stadt wurde ein neues Familienzentrum geschaffen. Französische Untersuchungen zeigten, daß die „Entstammung“ in der 2. Generation im allgemeinen schon eine vollkommene war<sup>9)</sup>. Die Bevölkerung der Stadt wurde auf diese Weise strukturell auch eine andere, als sie es früher gewesen war. Zu der ihrerseits sich beständig vermehrenden alten Stadtbevölkerung und den Umsiedlern aus dem Lande trat noch eine dritte Gruppe von fluktuierenden Elementen, die ohne familiäre Bindung mit dem Landesinnern und ohne feste Arbeit lebten. Für sie besonders waren die Bidonvilles ein (soziales) Endstadium, und es bestand für sie praktisch weder die Möglichkeit eines Vor noch eines Zurück. Für all die neuen Stadtbewohner gilt: Sie haben die Brücken hinter sich abgebrochen und finden sich nun zwar mit Tausenden ihresgleichen in Nachbarschaft, aber nicht in Gemeinschaft. Für diesen neuen Gruppen- oder Klassenzustand hat der Marokkaner noch kein Gefühl. Er fühlt sich isoliert und verlassen, auch wenn er unter seinesgleichen — schicksalsmäßig — wohnt. Alte Bindungswerte, die er und seine Vorfahren seit Menschengedenken anerkannten und empfanden, haben ihren Sinn verloren, da ihnen die Basis, eben die Stammesgemeinschaft, fehlt. Hier liegen sicher mit die schwersten Aufgaben für die neue Staatsführung und die Gewerkschaft.

#### IV.

Die Lösung des Wohnungsbaues an den Punkten der Bevölkerungszusammenballung mußte unter allen Umständen versucht werden, zumal es sich hierbei weniger um eine Frage des Komforts als um eine der Volksgesundheit handelte. Während man in Paris eine Bevölkerungsdichte von 400/ha rechnet, traf man nach Kriegsende — und daran hat sich wohl kaum etwas geändert — in der Neuen Medina von Casablanca eine solche von 900/ha, in den Bidonvilles bis zu 1300/ha. In den alten Städten betrug die Bevölkerungsdichte zwischen 800 und 1000/ha. Hinzu kam, daß die sanitären Einrichtungen dieser starken Übersetzung nicht gewachsen waren. Die kurzfristig errichteten Häuser entsprachen im allgemeinen weder den Regeln der Statik noch denen der Hygiene. Bereits zu einer Zeit, als die Wohnungsfrage noch nicht so dringend war, wie sie später werden sollte, kam es um die sich herausbildenden neuen Wirtschaftszentren zur Entstehung neuer Stadtteile, um deren Aufbau sich vor allem der „*Service des Habous*“, eine islamische Einrichtung, verdient gemacht hat. Einige Jahre später unternahmen auch die großen Industrierwerke den Bau von Arbeitersiedlungen. Man bediente sich dabei des traditionellen Baustils unter Hinzufügung der modernen Ausstattung der Hygiene. Auf diese Weise kam es um Casablanca, aber auch in den Bergbaugebieten, zur Bildung neuer Siedlungen, die auch bald ein eigenes, gesondertes Leben entfalteten. Mit dem nach dem Kriege einsetzenden großen industriellen Aufschwung konnte der so vorgenommene Wohnungsbau nicht Schritt halten, und es wurden öffentlich-rechtliche Einrichtungen zur Planung, Förderung und Durchführung des Wohnungsbaus gebildet. 1944 entstand das *Office Chérifien de l'Habitat*, 1949 der *Service de l'Habitat*, der der Direktion für öffentliche Arbeiten des Protektorats unterstand.

8) Pierre Hervio „Habitat Marocain Urbain“ in „Travaux“ Februar 1955, S. 233 ff.

9) „Des logements pour les marocains“, a.a.O.

Die Frage, wie man die neuen Städter billig, stilgerecht und in großen Massen unterbringen könnte, wurde wie folgt gelöst. Die Grundlage bildete die 8x8-m-Wohnzelle, die zwei Zimmer, Küche, WC und den Patio einschließt. Jede Familie ist so in gewohnter Weise für sich und kann, etwa in der ersten Zeit wirtschaftlicher Not, einen Raum untervermieten. Die Wohnzelle öffnet sich auf einen Nebenweg oder einen freien Platz. Der Plan, nach dem die Besiedelung durchgeführt wird, baut auf sog. „Nachbarschaftseinheiten“ auf. In ihnen rechnet man mit einer Einwohnerzahl von 9000, und sie enthalten alles, was 9000 Menschen brauchen, um einigermaßen autonom leben zu können (Verwaltung, Gesundheitsdienst, Moschee, Schulen und Kindergarten, Kultur- und Erholungszentrum und schließlich ein Handelsviertel mit dem traditionellen „souk“). Mit gutem Einfühlungsvermögen brachte man es fertig, Pläne zu entwickeln, die es bei allem Respekt vor dem Traditionellen verstehen, die Segnungen der Zivilisation, besonders was Schule und Gesundheitsdienst anbelangt, einzuführen. Die Zusammenfügung derartiger Nachbarschaftseinheiten zu *Satelliten-Städten* bis zu 30 000 bis 40 000 Einwohnern ist möglich, ohne daß dabei die Eigenständigkeit jeder Einheit leidet. Die Einheiten sind weder von Hauptverkehrsstraßen durchschnitten, noch brauchen z. B. Kinder auf ihrem Schulweg verkehrsreiche Straßen zu überschreiten.

## V.

Wenn man die Bidonvilles von Casablanca besucht hat, so empfiehlt es sich, im Anschluß daran nach *Ain-Chock*, der Mustersiedlung der öffentlichen Baubehörden, zu gehen, die 30 000 Menschen fassen soll und heute schon weit über die Hälfte davon beherbergt (300 bis 400/ha). Von einer weißen Moschee überragt, der eine Koranschule angegliedert ist, leben hier die früheren Bewohner der Kanisterstädte in hellen Häusern im traditionellen Stil, die mit allen modernen Einrichtungen versehen sind. Eine Volksschule für Knaben und Mädchen bietet Mittagstisch und ärztliche Betreuung, für die Schüler, um nur eine der öffentlichen Einrichtungen zu nennen. In einer anderen Satellitenstadt (*Carrières Centrales*) werden Kanisterstädte allmählich aufgelöst und durch die oben beschriebenen Bauten ersetzt.

Da mehr Menschen zuwandern, als trotz aller Bemühungen in normalen Wohnungen untergebracht werden können, wurden als Notbehelf die „Bidonvilles améliorées“, also die „verbesserten Kanisterstädte“ entwickelt. Man geht davon aus, daß zur regulären Unterbringung einer bestimmten Anzahl von Menschen eine bestimmte Fläche benötigt wird. Diese Fläche steckt man ab und läßt die Menschen sich darauf zunächst nach ihren Möglichkeiten einrichten. Nach Bereitstellung der erforderlichen Mittel und Materialien wird dann die Siedlung im traditionellen Stil darauf gebaut (8x8-m-Wohnzellen). Der Raum ist so bemessen, daß man zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Marokkaner sich an einen mehrstöckigen europäischen Wohnstil gewöhnen sollten, an Stelle der Wohnzellen Wohnblocks setzen und die Zwischenräume mit Grünanlagen und Gärten füllen kann.

Was im übrigen die Unterbringung von Marokkanern in mehrstöckigen Wohnblocks anlangt, so hat man in *Sefrou* und *Fès* zunächst Experimentierblocks gebaut, deren Auswertung noch nicht vorliegt. Es steht aber außer Frage, daß es auf die Dauer gelingen muß, die traditionelle Wohnweise mit dem ökonomischen und technischen Imperativ zu versöhnen, da man um das Hochhaus nicht herumkommen wird.

Einfacher steht es um die Unterbringung der *israelitischen* Bevölkerung Marokkos, da sich hier die Frage nach dem Wohnstil nicht in dem Maße stellt wie bei den Muslimen. Die Juden haben sich auch in Nordafrika schon sehr früh an den europäischen Wohnstil gewöhnt. Die marokkanischen Israeliten sind von jeher vorwiegend eine Stadtbevölkerung gewesen, die in der *Mellah*, dem Judenviertel, innerhalb der Medina wohnte. Wenn auch die jüdische Bevölkerung sich in den letzten Jahren nicht in dem

## ÜBERVÖLKERUNG MAROKKANISCHER STÄDTE

Maße wie die Gesamtbevölkerung vermehrte (von 1936 bis 1952 stieg die jüdische Bevölkerung der wichtigsten Städte von 118 000 auf 158 000), so ist doch interessant, daß das jüdische Element in den alten Städten zurückging, während es in den jungen aufstrebenden Städten einen starken Zuwachs zu verzeichnen hat:

*Bewegung der jüdischen Bevölkerung in 5 marokkanischen Städten<sup>10)</sup>*

	<i>Marrakesch</i>	<i>Essaouria</i> (Mogador)	<i>Jadida</i> (Mazagan)	<i>Kenitra</i> (Port Lyautey)	<i>Casablanca</i>
1936	25 646	6 151	3 525	752	38 606
1952	16 392	5 435	3 017	3 083	74 783

Trotz dieser Bevölkerungsbewegung ist das Leben in der Mellah der alten Städte nach unseren Begriffen unerträglich geworden. Die Häuser sind alt, ungesund und mit Menschen vollgestopft, so daß man bis zu einer Wohndichte von 1500/ha kommt. In Casablanca, wo sich die jüdische Bevölkerung in 15 Jahren fast verdoppelt hat, birst die Mellah fast auseinander. Zwar wurden aus privater Initiative neue Bauten errichtet, doch sind deren zuwenig, und sie sind zudem nur für die Begüterten erschwinglich, während nach wie vor gerade für den jüdischen Mittelstand ein schweres Wohnungsproblem besteht. Um die wenigen öffentlichen Mittel hierfür nicht zu zersplittern, hat man die Bauprogramme für Israeliten auf wenige Städte beschränkt, an deren Spitze natürlich Casablanca steht.

Der Wunsch dieser Bevölkerungsschicht, in der Nähe ihrer Wirkungsstätte, dem Handelszentrum, zu wohnen, und die damit verknüpften hohen Bodenpreise lassen nur die mehrstöckige Bauweise zu. Wo man es vermeiden kann, faßt man die neuen Wohnstätten der Juden nicht in bestimmten Bezirken zusammen, um die Bildung einer neuen Mellah zu vermeiden. In Casablanca mußte man diese Absicht aufgeben, denn der Bedarf war so ungeheuer und die Gefahr der Bodenspekulation so groß, daß der *Service de l'Habitat* ein größeres Gelände ankaupte, das nicht weit vom Zentrum entfernt liegt und für eine mehrjährige Bautätigkeit ausreicht. Um auch Minderbemittelten die Anschaffung einer Wohnung zu ermöglichen, entwickelte man sog. Aufbauwohnungen, die ohne jeden Komfort geliefert werden, in die der Bewohner nach und nach aber alle Bequemlichkeiten einbauen kann.

### VI.

Die Protektoratsverwaltung hat, wie es scheint, der souveränen marokkanischen Regierung wertvolle Pläne hinterlassen. Es wird für die künftige soziale Entwicklung von entscheidender Bedeutung sein, in welchem Maße es gelingt, die Heimstättenfrage zu lösen. Der marokkanische Minister für öffentliche Arbeiten hat die Aufgaben der Entwicklung, Planung und Durchführung des Städte- und Wohnungsbaus in sein Ressort übernommen. Wenn man das normale Wachstum der derzeitigen Bevölkerung berücksichtigt, so kann man schätzen, daß in fünf Jahren etwa 1 Million Marokkaner mehr als heute in den Städten wohnen werden, davon mehr als 300 000 als Bewohner von Bidonvilles.

Die Durchführung des dringendsten öffentlichen Wohnungsbauprogramms würde einen Kredit von ungefähr 100 Mrd. mfrs innerhalb von fünf Jahren voraussetzen. Der heutige *Service l'Habitat*, der dem Minister für öffentliche Arbeiten untersteht, hat durch den Erwerb größerer Ländereien zunächst den Grund und Boden für das Programm gesichert. Nach den letzten verfügbaren offiziellen Angaben waren Ende 1956 davon 193 ha bereits bebaut<sup>11)</sup>.

10) Pierre Parinet „Les nouveaux immeubles pour Israélites marocains“ in „Travaux“, 39. Jg., Nr. 238, S. 243 ff. (Februar 1955).

11) „L'Urbanisme et l'Habitat“ in „Travaux publics“ Edition du Ministère des Travaux Publics, Rabat 1957, S. 107 ff.